



Konsequent sozial für Brandenburg

Wandel auf breiter Front tut Not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken und auch nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess von Veränderungen in Gang zu setzen und an den richtigen Stellen zu beginnen. Mit den 15 politischen Schlüsselvorhaben machen wir in unserem Wahlprogramm deutlich, womit wir den Wandel einleiten wollen. Sie werden für uns - in Opposition wie in Regierung - Maßstab sein. Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Mit ihnen soll das Positive in Brandenburg bewahrt, ausgebaut und für alle wirksam gemacht werden. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Diese Vorhaben gehören für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches, zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

Schlüsselvorhaben 08

Initiative für eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder

Kinderarmut - in Brandenburg allgegenwärtig

Selbst das Brandenburger Sozialministerium musste es zugeben - etwa jeder Sechste ist in unserem Land von Armut bedroht. Das betraf schon vor der großen Krise fast eine halbe Million Menschen. Der noch größere Skandal ist aber: In Brandenburg lebt jedes vierte Kind in Armut. Im Oktober 2007 (das sind die aktuellsten Zahlen, die vorliegen) gab es in Brandenburg insgesamt 70.517 SozialgeldempfängerInnen unter 15 Jahre. Die Armutsrisiken von Kindern wachsen schneller als die der Gesamtbevölkerung. Dies ist eines der Resultate der AGENDA 2010 von Schröder und Steinmeier.

Armut wird von vielen Faktoren bestimmt und wirkt in ganz unterschiedliche Bereiche hinein. Arme Kinder haben deutlich schlechtere Bildungschancen und gesundheitliche Probleme treten häufiger auf. Sie sind benachteiligt und werden ausgegrenzt.

Vieles von dem, was hier politisch getan werden kann, liegt in den Händen des Bundes und nicht der Länder. Die Hartz-Gesetze waren und sind Bundesgesetze – doch Brandenburgs Regierung hat dagegen nie ernsthaft etwas unternommen. Eine rot-rote Landesregierung kam 2004 gerade deshalb nicht zustande.

Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg – ohne Wenn und Aber! Nötig ist eine armutsfeste Grundsicherung - statt Armut per Gesetz. Wir wollen einen Sozialstaat, der vor Armut schützt, soziale Ausgrenzung verhindert und Menschen würdig behandelt.

Initiativen gegen Armut abgelehnt

DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren im Landtag immer wieder versucht, wirksame Schritte zur kurzfristigen Verbesserung der Lebensumstände von Familien

und Kindern zu erreichen. Sie hat mittels Antrag von der Landesregierung gefordert, Initiativen im Bundesrat zu ergreifen für

- eine Grundsicherung für Arbeitsuchende (Oktober 2004 - Drucksache 4/34)
- die Änderung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II auf 412 Euro entsprechend der zu diesem Zeitpunkt erkennbaren Entwicklung der Lebenshaltungskosten (Mai 2005 - Drucksache 4/1313)
- die Anerkennung des so genannten einmaligen Bedarfs im Rahmen des Sozialgesetzbuches II [Grundsicherung für Arbeitsuchende] sowie des Sozialgesetzbuches XII [Sozialhilfe], um akute Notlagen zu verhindern (August 2005 - Drucksache 4/1763)
- die Nichtanrechnung von Geldgeschenken, die Kinder zu besonderen persönlichen Anlässen wie Jugendweihe u.a. erhalten (April 2007 - Drucksache 4/4423)
- ein gesundes Mittagessen für Kinder (Juni 2007 - Drucksache 4/4783)
- die Anhebung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II, bei Sozialgeld und Sozialhilfe auf mindestens 420 Euro im Monat sowie die Anhebung der Regelsätze für Kinder auf das gleiche Niveau (September 2007 - Drucksache 4/5081)
- die Zahlung von Kindergeld auch an jene Eltern, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder dem Sozialgesetzbuch XII bekommen (November 2008 - Drucksache 4/6901)
- die generelle Neubemessung der Leistungen für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch II oder dem Sozialgesetzbuch XII und die sofortige Anhebung dieser Leistungen um zunächst 10% (Februar 2009 - Drucksache 4/7257)

All diese Initiativen hat die Koalition von SPD und CDU im Landtag abgelehnt.

Mit Zustimmung der Brandenburger Landesregierung forderte der Bundesrat im Mai 2008 die Bundesregierung auf, eine Regelleistung für Kinder nach dem SGB II sowie „die Regelsätze nach dem SGB XII unverzüglich neu zu bemessen und als Grundlage dafür eine spezielle Erfassung des Kinderbedarfs vorzusehen ...“

Dieser Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt worden. Die Aufforderung der Fraktion DIE LINKE an die Landesregierung, in den Bundesrat wegen der Untätigkeit der Bundesregierung einen eigenen Antrag zur Erhöhung der Regelleistungen einzubringen, wurde von der Koalition abgelehnt.

Eine zentrale Aufgabe in der neuen Wahlperiode

Wir wollen, dass die Brandenburger Landesregierung auf Bundesebene künftig klar und deutlich ihre Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn erhebt, sondern auch deutlich wirksame Schritte gegen Armut und Armutsrisiken fordert.

Wir wollen eine Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder im Bundesrat auf den Weg bringen. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe und keine „preiswerten“ Erwachsenen. Ihr Bedarf muss eigenständig ermittelt werden und darf nicht, wie bisher, eine prozentuale Ableitung vom Regelsatz für Erwachsene sein.

Wir schlagen die Einsetzung einer unabhängigen Kommission vor, die regelmäßig den Bedarf von Kindern und Jugendlichen errechnet und Empfehlungen zu dessen Sicherstellung formuliert. Bis dahin orientieren wir uns an den Vorstellungen der Sozial- und Familienverbände. Demnach sollen Kinder im Alter bis zu 6 Jahren 276 Euro, 7- bis 14jährige 332 Euro und über 14jährige 358 Euro monatlich erhalten.

Perspektivisch wollen wir erreichen, dass alle Kinder in Kitas und Grundschulen kostenlos ein gesundes Mittagessen erhalten. Der Einstieg muss jetzt erfolgen! Kinder aus sozial bedürftigen Familien müssen zumindest einen Zuschlag für die Kosten eines solchen Mittagessens erhalten.

Kindergrundsicherung ist das richtige Ziel - es müssen endlich konkrete Schritte zur Überwindung der Kinderarmut gegangen werden. DIE LINKE unterstützt Sozialverbände im Kampf gegen Kinderarmut. Viel zu lange wurden Ausmaß und Anstieg der Kinderarmut in Deutschland von der Bundesregierung und auch von der Brandenburger Landesregierung verschwiegen oder verniedlicht.

Falls Sie Fragen oder weitere Vorschläge haben, sprechen Sie uns an oder schreiben Sie an:
Wahlquartier im Potsdamer Hauptbahnhof, Telefon: 0331 - 550 66 09 oder E-Mail: wahlquartier@dielinke-brandenburg.de

www.brandenburg-waehlt-rot.de

Herausgeber: Landesverband DIE LINKE Brandenburg, 14469 Potsdam, Alleestraße 3